

ABTEILUNG  
60/3

AKTENZEICHEN  
671 - 1790/62



17. Juli 1962

KEMPEN-NDRH., den

## Bauschein Nr. 1790/62

Auf Antrag des Herrn Willi S c h e i c h  
in Lank - Latum, Mittelstr. 6 Straße, Nr. \_\_\_\_\_  
wird unbeschadet der Rechte Dritter aufgrund des am 26.6.1962 bei der ~~Stadtk~~ Gemeinde-  
verwaltung Lank eingereichten Antrages unter den auf Seite 2, 3 und 4 dieses  
Bauscheines genannten Bedingungen und Auflagen, gemäß der Bauordnung für den Regierungsbezirk Düsseldorf  
vom 1. 4. 1939 die Genehmigung erteilt in Lank-Latum, Mittelstr. 6  
Straße, Nr. \_\_\_\_\_ auf dem Grundstück, Flur: 3 Flurstück: 174  
das in den beiliegenden als zugehörig bezeichneten Bauvorlagen (Beschreibung, Zeichnungen und Berechnungen)  
dargestellte Bauvorhaben: Neubau einer PKW - Garage und Errichtung von  
Anschlußmauern auszuführen.

~~Ausnahme-n nach §~~  
~~und Befreiung-en von §~~  
~~der Bauordnung für den Regierungsbezirk Düsseldorf vom 1. 4. 1939 wird durch besonderen Befreiungsbeschluß~~  
~~mit allgemeiner Zustimmung des Herrn Regierungspräsidenten erteilt.~~

Der Befreiungsbeschluß vom 26.6.1962 und seine Bedingungen sind wesentlicher Bestandteil dieser Baugenehmigung.

Der Bauherr bzw. Grundeigentümer ist verpflichtet, bei einem Eigentumswechsel den Rechts- und Besitznachfolgern alle aus diesem Bauschein sich ergebenden Rechte und Pflichten zu übertragen.

Rechtsmittelbelehrung: Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Zustellung Widerspruch erhoben werden. Der Widerspruch ist schriftlich oder zur Niederschrift beim Herrn Oberkreisdirektor in Kempen-Ndrh., Kreisbauamt, einzulegen.

Ein Verschulden eines von Ihnen bestellten Bevollmächtigten würde Ihnen zugerechnet werden.

### Gebührenverordnung:

Baugebühr \_\_\_\_\_ DM  
Prüfgebühren der statischen Berechnung \_\_\_\_\_ DM  
Befreiungsgebühr \_\_\_\_\_ DM  
Sonstiges \_\_\_\_\_ DM  
Zusammen: \_\_\_\_\_ DM

Im Auftrage:

(L. S.)



b. w.



I. Mit dem Bau darf erst begonnen werden, wenn

1. die entsprechenden Bedingungen und Auflagen mit dem Zusatz „Vor Baubeginn“ erfüllt wurden,
2. bei Bauten an der Straße die Absteckung der Baufluchtlinie und die Sockelhöhe nach Antrag bei der Ortsbehörde angegeben wurden.

II. Bei der Bauausführung sind zu beachten:

1. die Vorschriften der Bauordnung für den Regierungsbezirk Düsseldorf vom 1. 4. 1939; Stand 1. 8. 1955,
2. die dem Bauschein angehefteten und die in die Bauvorlagen in Grün eingetragenen Bedingungen bzw. Auflagen,
3. die Bestimmungen über den Schutz der Arbeiter und über die Arbeiterfürsorge bei Bauten, insbesondere auch die Unfallverhütungsvorschriften der Berufsgenossenschaft,
4. die besonders eingetragenen Bedingungen bzw. Auflagen (s. IV.) Durch Nichterfüllung der Bedingungen des Bauscheines oder des Befreiungsbeschlusses wird der Bauschein ungültig.
5. Dieser Bauschein mit den genehmigten Bauvorlagen muß von Beginn der Bauarbeiten an auf der Baustelle zur Einsicht bereitgehalten werden. Den mit der Überwachung betrauten Personen ist jederzeit Zutritt zur Baustelle und Einblick in die Baugenehmigungsakten zu gewähren.
6. Der Bauschein verliert seine Gültigkeit, wenn nicht innerhalb Jahresfrist nach seiner Aushändigung mit dem Bau begonnen ist oder wenn der begonnene Bau 1 Jahr lang unterbrochen wird. Eine Verlängerung der Frist kann vor Ablauf von der Baugenehmigungsbehörde bewilligt werden.
7. Die Vorgartengestaltung ist im Einvernehmen mit der Ortsbehörde festzulegen. Vorgarteneinfriedigungen sind genehmigungspflichtig.
8. Es wird auf die Bestimmungen des Reichsgesetzes über die Sicherung der Bauforderungen vom 1. 6. 1909 (RG. Bl. S. 449) hingewiesen. Danach ist der Bauleiter verpflichtet, bei Neubauten an leicht sichtbarer Stelle einen Anschlag anzubringen, der den Stand, den Familiennamen mit wenigstens einem ausgeschriebenen Vornamen sowie den Wohnort des Eigentümers enthalten muß. Falls die Herstellung des Gebäudes oder eines Teiles einem Unternehmer übertragen ist, ist der Name des Unternehmers gleichfalls in deutlich lesbarer, unverwischbarer Schrift hierauf anzubringen. Auf die Führung eines Baubuches wird besonders hingewiesen.
9. Tragendes Holzwerk ist gemäß DIN 68 800 — Holzschutz im Hochbau — gegen Wurmfraß, Schwammbildung und Fäulnis mit einem mit Prüfzeichen versehenen Holzschutzmittel zu behandeln.
10. Die auf Grund der DIN-Vorschriften oder der besonderen Zulassungen zu fordernden Güteeigenschaften der beim Bauvorhaben zur Verwendung kommenden Baustoffe oder Bauteile sind vom Bauherrn der Baugenehmigungsbehörde auf Anforderung nachzuweisen. Die Art des Nachweises bestimmt die Baugenehmigungsbehörde. Die für die einzureichenden Prüfungszeugnisse vorzulegenden Kosten trägt der Bauherr.
11. Wohnungstrennwände und Treppenhauswände müssen einen ausreichenden Schutz gegen Übertragung von Luftschall, Wohnungstrenndecken einen ausreichenden Schutz gegen Übertragung von Luft- und Trittschall erhalten. Die Ausführung der Wände und Decken muß mindestens denjenigen Bauarten in DIN 4109 Beiblatt (Ausgabe März 1952) entsprechen oder so beschaffen sein, daß sie bei einer Prüfung den Bedingungen in Abschnitt 3 in DIN 52 211 (Ausgabe September 1953) entspricht. Hierbei ist auch darauf zu achten, daß haustechnische Einrichtungen aller Art, wie Geräte und Rohrleitungen für Heizung, Lüftung, Fernsprecher, Be- und Entwässerungsanlagen, so ausgebildet, befestigt und die Rohrleitungen auch so geführt werden, daß unvermeidbare Leitungsgeräusche auf ein Mindestmaß beschränkt werden. Ferner müssen alle Decken und Wände der Räume zum dauernden Aufenthalt für Menschen gegen Kälte und Wärme ausreichend geschützt sein. Diese Bauteile sind daher so auszuführen, daß sie mindestens den Angaben der DIN 4108 entsprechen. Der RdErl. des Ministers für Wiederaufbau NW vom 10. 12. 1957 (MBl. NW 1958 Nr. 2) ist zu beachten. Für mit öffentlichen Mitteln geförderte Bauvorhaben wird auf die durch ministerielle Vorschriften festgelegte Normung einzelner Bauteile, z. B. Treppen, Türen, Fenster und dgl. ausdrücklich hingewiesen.
12. Bei Einrichtung der Garagen sind die Bestimmungen der Verordnung über Garagen und Einstellplätze zu beachten (Reichsgaragenordnung RGaO. vom 17. 2. 1939 in der Fassung des Erlasses vom 13. September 1944 RABl. S. I 325). Im Inneren eines jeden Garagenraumes ist mindestens ein augenfälliger dauerhafter Anschlag anzubringen, welche Art von Kraftfahrzeugen eingestellt werden dürfen, außerdem ist im Garagenraum auf die Feuers- und Vergiftungsgefahr beim Lauflassen des Motors hinzuweisen. Es sind ——— Einstellplätze für Kraftfahrzeuge spätestens bis zur Fertigstellung des Bauvorhabens zu schaffen.
13. Für den Bau und die Einrichtung von zentralen Heizräumen sowie der Brennstofflagerräume gilt der Runderlaß des Ministers für Wiederaufbau vom 10. 12. 1958 Heizraumrichtlinien (M. Bl. NW Nr. 140). Für Lagerbehälter aus Stahl für flüssige Brennstoffe ist der gemeinsame RdErl. des Ministers für Wiederaufbau und des Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten vom 23. 4. 1959 (M. Bl. NW 1959 Nr. 57) gültig; hierfür ist eine besondere Genehmigung zu beantragen.
14. Bei der Aufstellung von Niederdruckgasanlagen in Gebäuden und auf Grundstücken sind die bauaufsichtlichen Richtlinien des Erlasses des Ministers für Wiederaufbau vom 13. 10. 1952 (M. Bl. NW Nr. 76) und die dazu ergangenen Erlasse, besonders die DIN 18 017, zu beachten.



15. Die für den Wiederaufbau zu verwendenden Bauteile sind vor Beginn der Bauarbeiten auf ihre Standfestigkeit zu überprüfen. Alle gefährdenden Bauteile sind zu beseitigen oder so zu sichern, daß keine Gefahr mehr besteht.
16. Zur Errichtung eines Bauzaunes und eines Baugerüsts und zur Lagerung von Baumaterial auf dem Bürgersteig ist eine besondere Erlaubnis bei der Ortsbehörde einzuholen.
17. Werbeanlagen sowie die Anbringung von Automaten an den Außenwänden des Gebäudes bedürfen der vorherigen Genehmigung der Baugenehmigungsbehörde.
18. Das Gesetz zur Bekämpfung der Schwarzarbeit vom 30. März 1957 (BGBl. I S. 315) ist zu beachten.

III. Der Baugenehmigungsbehörde sind anzuzeigen:

1. Der Beginn der Bauausführung mit beiliegendem Vordruck (Name des Bauleiters und Bauunternehmers, ebenso der Wechsel dieser Personen und des Bauherrn),
2. Ergibt sich im Laufe der Bauausführung die Notwendigkeit, vom genehmigten Bauplan abzuweichen, so ist die beabsichtigte Abweichung s o f o r t anzuzeigen und für sie die Baugenehmigung vor Ausführung der beabsichtigten Abweichung einzuholen.
3. Die evtl. Teilabnahme einzelner Bauteile. Sie wird vorgeschrieben für die Bewehrungen der Stahlbetontragteile gemäß § 3 der DIN 1045 (Stahlbetonbestimmungen); diese Abnahmen sind mindestens 48 Stunden vor Beginn der Arbeiten beim Kreisbauamt zu beantragen.
4. Vor Prüfung der Stahltragwerke oder Stahleinlagen dürfen Verkleidungs- oder Betonierungsarbeiten nicht ausgeführt werden. Eine Ausfertigung der geprüften Bewehrungspläne muß auf der Baustelle vorhanden sein.
5. Die Vollendung des Rohbaues (Rohbauabnahme) mit beiliegendem Vordruck sobald der Bau in seinen Mauern, Gewölben, Stahlbeton- und Eisenkonstruktionen (einschließlich derjenigen der notwendigen Treppen), sowie in Balkenlage und Dacheindeckung vollendet ist. Die Dacheindeckung darf eine vorläufige sein. Alle Teile des Baues müssen sicher zugänglich sein und alle für die Standfestigkeit wesentlichen Konstruktionen soweit offen liegen, daß die Abmessung und Beschaffenheit geprüft werden können.  
Eine Bescheinigung des Bezirksschornsteinfegermeisters über die Benutzbarkeit der Schornsteine und Feuerungsanlagen ist dem Antrage auf Rohbauabnahme beizufügen. Vor der Rohbauabnahme darf mit den Putzarbeiten nicht begonnen werden.
6. Die Fertigstellung des Baues (Gebrauchsabnahme) mit beiliegendem Vordruck. Vor Aushändigung des Gebrauchsabnahmescheines darf das Gebäude nicht benutzt werden. Eine Bescheinigung des Bezirksschornsteinfegermeisters über die Benutzbarkeit der Schornsteine und Feuerungsanlagen ist dem Antrag auf Gebrauchsabnahme beizufügen.

IV. Besondere Bedingungen und Auflagen:

1. Die Mauer an der Nachbargrenze darf nur eine Höhe von 2.- m über Erdgleiche haben.